

Arbeit einstellen

VON NICO FICKINGER

Vor mehr als einem Jahr haben sich Union und SPD im Koalitionsvertrag zu einer Reform des Niedriglohnssektors verpflichtet. Das Zusammenspiel von Arbeitslohn und Sozialtransfer sollte so neu justiert werden, daß die Anreize auch zur Aufnahme einer gering entlohnten Beschäftigung wachsen und zugleich ein Abrutschen der Löhne auf sittenwidriges Niveau verhindert wird. Aus diesem widersprüchlichen Arbeitsauftrag leiten beide Parteien unterschiedliche Forderungen ab: Die SPD rechtfertigt damit ihren Ruf nach einem Mindestlohn; die Union begründet so ihr Kombilohn-Modell. Seit September dieses Jahres müht sich die von Arbeitsminister Franz Müntefering geführte Koalitionsarbeitsgruppe nicht nur um eine Einigung zwischen diesen gegensätzlichen Positionen. Sie muß sich auch noch mit Zuverdiensten, Mini-Jobs, dem dritten Arbeitsmarkt und Hartz IV befassen. Das erklärt, weshalb die Vertreter der Fraktionen, Ministerien und Länder nach sieben Treffen noch weit von einem einvernehmlichen Ergebnis entfernt sind und ihren Bericht nicht, wie geplant, zum Jahresende, sondern frühestens im Februar oder März vorlegen werden - wenn es bei dem jetzigen Arbeitsauftrag bleibt. Zu befürchten ist aber, daß im Frühjahr auch noch die Reform der Arbeitsmarktpolitik hinzukommt, die für 2007 ansteht.

Durch die Beteiligung von externem Sachverstand und eine offene Informationspolitik hat die Arbeitsgruppe bisher kaum Streit und Schlagzeilen produziert. Die Geräuschlosigkeit, mit der alle Beteiligten zu Werke gehen, ist aber noch kein Ausweis für gute Arbeit. Im Gegenteil ist es bedenklich, wenn die gesetzgeberische Arbeit in die Hände von zwölf Politikern gelegt und das Parlament weitgehend entmachtet wird. Auch daß die Fachleute hinter verschlossenen Türen angehört wurden, paßt zu der arroganten Gremienpolitik einer sich allmächtig gerierenden großen Koalition, die in kleinen Zirkeln Kompromisse aushandelt und den Souverän dann vor vollendete Tatsachen zu stellen sucht.

Ebenso schwer wie diese institutionellen wiegen die inhaltlichen Bedenken. Deutschland braucht weder einen arbeitsplatzzerstörenden Mindestlohn noch einen teuren und überflüssigen Kombilohn. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos, der bisher als einziger davor gewarnt hat, die Arbeitsgruppe könnte ein Paket aus Mindestlohn plus Kombilohn beschließen und so den größten anzunehmenden Unfall auf dem Arbeitsmarkt produzieren, gleicht dem Rufer in der Wüste. Ungehört sind seine Warnungen verhallt.

Nicht einmal in der Union haben sie ein Echo gefunden. Leider sind auch CDU und CSU keine Garanten für beschäftigungspolitische Vernunft. Zu befürchten ist, daß sich die C-Parteien am Ende zu einem beschäftigungsfeindlichen Tauschhandel Mindest- gegen Kombilohn hinreißen lassen: um

nicht der Blockadehaltung geziehen zu werden und mit einem eigenen Modell ihr Mitturi im Gremium zu legitimieren.

Besser wäre es, die Arbeit der Arbeitsgruppe einzustellen. Lösungsansätze gibt es längst: vom Ifo-Institut, vom Sachverständigenrat, vom Institut zur Zukunft der Arbeit und vielen mehr. Zentraler Ansatzpunkt ist jeweils, die Langzeitarbeitslosen in reguläre Beschäftigung zu zwingen, indem man ihnen Geld oder Zeit raubt. Ein gewisser Druck auf die Löhne ist unvermeidlich, um die sozialpolitisch motivierten Verzerrungen zugunsten unterer Lohngruppen zu korrigieren, die die Beschäftigungsmisere erst produziert haben. Das aber wollen weder SPD noch Union. Beide setzen auf Zuckerbrot, nicht auf die Peitsche. Statt die Anspruchslöhne zu senken, wol-

Münteferings Arbeitsgruppe spart wichtige Reformen aus und droht die falschen zu beschließen.

len sie die tatsächlichen Löhne anheben. Die Differenz zum bisherigen Lohn sollen die Arbeitgeber über einen Mindestlohn oder die Steuerzahler über Zuschüsse zum Lohn oder zu den Sozialbeiträgen finanzieren. Beides wäre falsch.

Natürlich ist es politisch nur schwer hinnehmbar, wenn das Einkommen aus einer Vollzeitarbeit nicht reicht, um davon leben zu können. Hier muß der Staat einspringen. Genau das macht er mit dem Arbeitslosengeld II. Es stockt einen zu niedrigen Verdienst auf das zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben Nötige auf. Daß Menschen trotzdem für weniger arbeiten gehen, zeigt, daß Arbeit nicht nur einen monetären Nutzen hat. Für das Gefühl, gebraucht zu werden, für die Gewißheit, Qualifikationen zu erhalten, nehmen sie sogar Abschlüge in Kauf.

Um Einstellungen zu fördern und Vermittlungshemmnisse auszugleichen, werden auch heute schon Lohnzuschüsse gezahlt. Bedarf an einem neuen Kombilohn besteht also nicht. In die Irre führen auch Vorschläge, der Staat solle jedem Bürger unabhängig von dessen Bedürftigkeit ein Mindesteinkommen zusichern, das über dem soziokulturellen Existenzminimum liegt. Das wäre ordnungspolitisch fatal und unbezahlbar. Mit jedem Euro, den das Mindesteinkommen angehoben würde, wüchse der Kreis der Anspruchsberechtigten: ein Faß ohne Boden.

Gerne argumentiert Müntefering, nicht eine niedrige Produktivität, sondern die derzeitige Arbeitsmarktlage sei Grund für die Niedriglöhne. Wie schön, endlich erkennt auch die SPD an, daß es Marktgesetze gibt und die Lohnhöhe ein Signal für die Relation zwischen Angebot und Nachfrage ist. Wenn die Koalition diese Knappheitssignale durch Mindest- oder Kombilöhne manipuliert, schafft sie nicht mehr Gerechtigkeit, sondern mehr Arbeitslosigkeit. Will sie die Betriebe ermuntern, mehr Jobs zu schaffen, muß sie den Kündigungsschutz lockern. Will sie den Arbeitnehmern mehr Netto belassen, muß sie die Sozialbeiträge senken. Hierfür aber fühlt sich die Arbeitsgruppe unzuständig. So ein Koalitionskränzchen kann man sich sparen.